

Modellvergleich – Solidarische Mindestrente oder Grundrente?

*Vortrag Jena, 5. Februar 2019 (Diskussion mit Matthias Birkwald,
MdL, Die Linke)*

Prof. Dr. Michael Opielka
ISÖ – Institut für Sozialökologie, Siegburg
Ernst-Abbe-Hochschule, Jena

Ist diese Grundrente gerecht? Initiative von BM Heil (1)

ZOFF UM HEIL-VORSCHLAG

WIE GERECHT WIRD DIE NEUE GRUNDRENTE?

Berlin – **Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll mehr Rente haben als derjenige, der nichts getan hat.**

SO WEIT, SO RICHTIG!

Doch das neue Konzept von Arbeitsminister Hubertus Heil (46, SPD) für eine Grundrente erntet scharfe Kritik. BILD erklärt, was der Renten-Plan bedeutet:

► **DIE IDEE** Wer mindestens 35 Jahre lang in die Rentenkasse eingezahlt hat (auch Teilzeit, Pflege, Kindererziehung), soll als Rentner mehr haben als Grundsicherung (derzeit 424 Euro/Monat plus Wohnung und Heizung). Dafür soll bei der Berechnung der Rente ein Bonus für Geringverdiener eingeführt werden. „Respekt-Rente“, nennt Heil das.

Auch Geringverdiener sollen dadurch im Alter so viel Rente erhalten, als hätten

sie im Berufsleben 80 % des Durchschnittsgehalts (derzeit 3241,75 Euro/Monat, 80 % entsprechen 2593,40 Euro) verdient – und entsprechende Beiträge eingezahlt. Wer derzeit den gesetzlichen Mindestlohn verdient, liegt bei 40 % (Rentendeutsch: „0,4 Entgeltpunkte“).

Heil nennt dafür in der BILD am SONNTAG ein Beispiel: eine Friseurin, die 40 Jahre lang zum Mindestlohn die Haare geschnitten hat. Ihre monatliche Rente bisher: 512,48 Euro. Künftig soll sie 960,90 Euro/Monat Grundrente erhalten. Also 448,41 Euro/Monat mehr als bisher!

Zum Vergleich: Die Standardrente beträgt derzeit 1441,35 Euro (West) bzw. 1381,05 Euro (Ost).

Laut Rentenversicherung wären derzeit im Westen 656 000 Männer und

1,2 Mio. Frauen mit mehr als 35 Beitragsjahren betroffen. In Ostdeutschland sind es 301 000 Männer und 686 000 Frauen. Heil rechnet mit bis zu vier Millionen Berechtigten.

Aber: Wer aus eigener Kraft ein Gehalt in Höhe von 80 Prozent des Durchschnittsgehalts verdient, bekommt keinen Renten-Bonus.

IST DAS GERECHT?

Zweifel hat Unions-Chefhaushälter Eckhardt Rehberg (64, CDU). Denn finanziert wird das Geschenk (rd. 5

Mrd. Euro im Jahr) aus Steuern – die Geringverdiener meist nicht bezahlen. „Mit der Union sind Steuererhöhungen und neue Schulden jedenfalls nicht zu machen“, so Rehberg zu BILD. Auch FDP-Generalsekretärin Nicola Beer (49) kritisiert den Renten-Plan als „unfair und populistisch“, weil er „zulasten der Allgemeinheit“ gehe.

► **WEITERES PROBLEM** „Die Grundrente wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ermittelt“, heißt es im Heil-Konzept – also un-

abhängig vom Vermögen.

Wirtschaftsexperte Clemens Fuest vom Münchner ifo-Institut fürchtet deshalb, dass die Heil-Rente auch vielen zugutekommen werde, „die Einkommen aus anderen Quellen oder einen Partner haben, der eine Rente über dem Grundsicherungsniveau“ habe.



Respekt für alle: Arbeitsminister Heil will Mini-Renten aufbessern

Foto: MICHAEL HÜBNER / WWW.NURFOTOS.DE

Scholz findet ein 25-Milliarden-Loch

Berlin – **Die GroKo hat sich verzockt!** Nach BILD-Informationen fehlen Finanzminister Olaf Scholz (60, SPD, Foto) bis 2023 rund 24,7 Milliarden Euro. Und



Foto: KAT NIETZELD; DPA

das, obwohl der Minister die komplette „Flüchtlings-Rücklage“ (derzeit 35,2 Mrd.) aufbrauchen will.

Die Zahlen präsentierte das Finanzministerium vergangene Woche Ver-

tretern der anderen Ministerien. Dabei habe es eine eindringliche Warnung vor Mehrausgaben gegeben, heißt es von Teilnehmern.

Neben Ausgaben für

Rente, Kohleausstieg und Baukindergeld waren zuletzt auch die Personalausgaben deutlich gestiegen: von 31 auf mehr als 35 Mrd. Euro von 2016 bis 2020. (ka)

Quelle: BILD v. 4.2.2019, S. 4

Ist diese Grundrente gerecht? Initiative von BM Heil (2)

4. Februar 2019, 06:17 Kritik an Grundrente "Rentenpolitik mit der Gießkanne"

Süddeutsche.de

•Das Konzept für die Grundrente liegt vor: Demnach sollen ehemalige Geringverdiener bis zu 447 Euro mehr bekommen.

•Die Bedingung: 35 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung. Kindererziehungs- und Pflegezeiten sollen angerechnet werden.

•Die Union lehnt das Konzept ab: Es entspreche nicht dem Koalitionsvertrag und verteile das Geld "mit der Gießkanne". Auch aus der FDP kommt Kritik.

Bundesarbeitsminister [Hubertus Heil](#) (SPD) will die Renten von bis zu vier Millionen Geringverdienern spürbar steigern. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter mehr Geld bekommen als jemand, der das nicht getan hat. Für die von der großen Koalition vereinbarte Grundrente hat der Arbeitsminister nun ein Konzept vorgelegt. Der Aufschlag solle maximal 447 Euro pro Monat betragen, sagte Heil der *Bild am Sonntag*. Der Höchstbetrag wird demnach Menschen gewährt, denen lebenslang nur Mindestlohn gezahlt wurde. Das Projekt soll aus Steuern finanziert werden. Das Vorhaben ist im Koalitionsvertrag der großen Koalition enthalten. Demnach soll die neue Grundrente ein Alterseinkommen zehn Prozent oberhalb des Grundsicherungsbedarfs garantieren und an all jene ausgezahlt werden, die 35 Jahre mit Beitragszahlung, Kindererziehung oder Pfllegetätigkeit aufweisen. Vom vereinbarten Konzept weicht Heil jedoch in einem wichtigen Punkt ab: Er lehnt eine Bedürftigkeitsprüfung als Bedingung für die Grundrente ab.

Die Finanzierung aus Steuermitteln und die Tatsache, dass es keine Bedürftigkeitsprüfung geben soll, kritisiert der Koalitionspartner CDU scharf. Die Union machte umgehend deutlich, dass sie das Konzept in der vorliegenden Form nicht mittrage. Der CDU-Haushaltspolitiker Eckhardt Rehberg sagte *Bild*, er hoffe nur, dass Heil seinen Vorschlag mit Finanzminister Olaf Scholz (SPD) abgesprochen habe - "und dieser ihm vier bis sechs Milliarden jährlich zur Verfügung stellt". Steuererhöhungen und neue Schulden seien dafür "jedenfalls nicht zu machen". CSU-Experte Stephan Stracke warnte vor einer "Rentenpolitik mit der Gießkanne". Ähnlich äußerte sich auch der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Peter Weiß. "Was Hubertus Heil vorlegt, entspricht nicht dem Koalitionsvertrag." Die Union wolle "ein differenziertes System, das am tatsächlichen Bedarf ansetzt und dann die [Rente](#) aufstockt". Es solle über die Rentenversicherung erfolgen und sei finanzierbar.

FDP-Generalsekretärin Nicola Beer wies den Rentenplan in der *Bild*-Zeitung als "unfair und populistisch" zurück. Statt gezielt etwas gegen Altersarmut zu tun, wolle Heil "riesige Ausgaben zu Lasten der Allgemeinheit machen, ohne dass der, der gearbeitet und vorgesorgt hat, mehr hat als derjenige, der das nicht getan hat".

Unterstützung für Heils Konzept kam dagegen vom CDU-Sozialflügel. Der Vizechef der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Christian Bäumler, sagte dem Handelsblatt: "Das Konzept ist leistungsorientiert, da es an den erworbenen Rentenansprüchen anknüpft." Auch die Steuerfinanzierung hält der CDU-Politiker für den richtigen Ansatz. "Die Vermeidung von Altersarmut ist eine Aufgabe, die die gesamte Gesellschaft solidarisch tragen soll", sagte Bäumler. "Da müssen auch Spitzenverdiener ran. Deshalb ist die Steuerfinanzierung richtig."

Auch der DGB begrüßte Heils Pläne: "Wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter mehr haben als die Grundsicherung", sagte Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Der Sozialverband VdK lobte die Aufwertung niedriger Renten, kritisierte jedoch die "starrn Zugangsvoraussetzungen". Einen "Schritt in die richtige Richtung" nannte der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, das Konzept. Allerdings bleibe es "auf halben Weg hin zu einer armutsfesten solidarischen Mindestrente von 1050 Euro stehen". Heil räumte ein, dass seine Pläne einen finanziellen Kraftakt bedeuten würden. Zu rechnen sei mit einem mittleren einstelligen Milliardenbetrag pro Jahr. "Aber den muss die Gesellschaft aus Respekt vor harter Arbeit schaffen." Als Beispiel nannte Heil eine Friseurin, die 40 Jahre lang auf Mindestlohnbasis gearbeitet hat und nun nur 514 Euro Rente bekommt. "Das finde ich respektlos und unwürdig", sagte Heil der *Bild am Sonntag*. Durch sein Modell der Grundrente könne die Friseurin künftig mit 961 Euro Rente im Monat rechnen.

Einzige Bedingung für die Grundrente sind laut Heil 35 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung. Kindererziehungs- und Pflegezeiten würden angerechnet, ebenso Beschäftigungsjahre in Teilzeit. Die Grundrente solle nicht nur für Neu-Rentner gelten, sondern auch für bisherige Rentner. Drei bis vier Millionen ehemalige Geringverdiener sollen davon profitieren.

Heil verteidigte zudem die Entscheidung gegen eine Bedürftigkeitsprüfung. "Ich fände es respektlos, wenn wir diese Menschen nach einem Arbeitsleben zwingen würden, beim Amt ihre Vermögensverhältnisse darzulegen", sagt der SPD-Politiker. Stattdessen soll die Grundrente über die Rentenversicherung geklärt werden.

Bei einer derartigen Berechnung wäre es unerheblich, ob der Rentner geerbt hat, im eigenen Haus lebt und was der Ehepartner verdient. "Hat jemand mit niedrigem Einkommen mindestens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt, werden seine Rentenpunkte automatisch hochgestuft", sagt Heil. Die Grundrente soll nach den Plänen des Ministers spätestens zum 1. Januar 2021 in Kraft treten.

URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/grundrente-rente-heil-1.4314081>

So macht es die Schweiz – AHV als Grundrente (1)

Extranet

DE

FR

IT

EN



Sozialversicherungen

Kontakte

Merkblätter & Formulare

Webshop



Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Allgemeines

Beiträge

Leistungen

Altersrenten

Hinterlassenenrenten

Hilflosenentschädigungen

Hilfsmittel

Ergänzungsleistungen

Online-Rechner

Erklärvideos

Invalidenversicherung (IV)

Ergänzungsleistungen (EL)

► Startseite ► Sozialversicherungen ► Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Die AHV ist der bedeutendste Pfeiler der Alters- und Hinterlassenenvorsorge in der Schweiz (1. Säule). Sie soll den Existenzbedarf im Alter oder im Todesfall decken. Als Volksversicherung ist die AHV für alle obligatorisch.

Wo erhalte ich weitere Informationen?

Die Ausgleichskassen geben gerne Auskunft.

Für detaillierte Auskünfte und Fragen können Sie sich an Ihre Ausgleichskasse wenden, die Sie gerne und kompetent berät: Ansprechpartner - Ausgleichskassen

Weitere Informationen finden Sie unter folgenden Links:

- Merkblätter

<https://www.ahv-iv.ch/de/Sozialversicherungen/Alters-und-Hinterlassenenversicherung-AHV>

So macht es die Schweiz – AHV als Grundrente (2)

20 Welches sind die aktuellen Rentenansätze?

Bei voller Beitragsdauer betragen die ordentlichen Vollrenten je nach Durchschnittseinkommen:

	mindestens CHF / Monat	höchstens CHF / Monat
Altersrente	1 185.–	2 370.–
Kinderrente	474.–	948.–

Quelle: AHV-IV, Leistungen der AHV – Altersrenten und Hilflosenentschädigungen der AHV 2019 (<https://www.ahv-iv.ch/p/3.01.d> - auch in stud.ip)

Skala 44: Monatliche Vollrenten Beträge in Franken

Bestimmungs- grösse	Alters- und Invaliden- rente	Alters- und Invalidenrente für Witwen/ Witwer	Hinterlassenenrenten und Leistungen an Angehörige			
			Witwen/ Witwer	Zusatz- rente	Waisen- und Kinder- rente	Waisen- rente 60 %*
Massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen	1/1			1/1	1/1	1/1
bis 14 220	1 185	1 422	948	356	474	711
15 642	1 216	1 459	973	365	486	729
17 064	1 247	1 496	997	374	499	748
18 486	1 277	1 533	1 022	383	511	766
19 908	1 308	1 570	1 047	392	523	785
21 330	1 339	1 607	1 071	402	536	803
22 752	1 370	1 644	1 096	411	548	822
24 174	1 401	1 681	1 120	420	560	840
25 596	1 431	1 718	1 145	429	573	859
27 018	1 462	1 755	1 170	439	585	877
28 440	1 493	1 792	1 194	448	597	896
29 862	1 524	1 829	1 219	457	610	914
31 284	1 555	1 866	1 244	466	622	933
32 706	1 586	1 903	1 268	476	634	951
34 128	1 616	1 940	1 293	485	647	970
35 550	1 647	1 977	1 318	494	659	988
36 972	1 678	2 013	1 342	503	671	1 007
38 394	1 709	2 050	1 367	513	683	1 025
39 816	1 740	2 087	1 392	522	696	1 044
41 238	1 770	2 124	1 416	531	708	1 062
42 660	1 801	2 161	1 441	540	720	1 081
44 082	1 820	2 184	1 456	546	728	1 092
45 504	1 839	2 207	1 471	552	736	1 103
46 926	1 858	2 230	1 486	557	743	1 115
48 348	1 877	2 252	1 502	563	751	1 126
49 770	1 896	2 275	1 517	569	758	1 138
51 192	1 915	2 298	1 532	574	766	1 149
52 614	1 934	2 321	1 547	580	774	1 160
54 036	1 953	2 343	1 562	586	781	1 172
55 458	1 972	2 366	1 577	592	789	1 183
56 880	1 991	2 370	1 593	597	796	1 194
58 302	2 010	2 370	1 608	603	804	1 206
59 724	2 029	2 370	1 623	609	811	1 217
61 146	2 048	2 370	1 638	614	819	1 229
62 568	2 067	2 370	1 653	620	827	1 240
63 990	2 086	2 370	1 668	626	834	1 251
65 412	2 105	2 370	1 684	631	842	1 263
66 834	2 124	2 370	1 699	637	849	1 274
68 256	2 142	2 370	1 714	643	857	1 285
69 678	2 161	2 370	1 729	648	865	1 297
71 100	2 180	2 370	1 744	654	872	1 308
72 522	2 199	2 370	1 759	660	880	1 320
73 944	2 218	2 370	1 775	665	887	1 331
75 366	2 237	2 370	1 790	671	895	1 342
76 788	2 256	2 370	1 805	677	902	1 354
78 210	2 275	2 370	1 820	683	910	1 365
79 632	2 294	2 370	1 835	688	918	1 376
81 054	2 313	2 370	1 850	694	925	1 388
82 476	2 332	2 370	1 866	700	933	1 399
83 898	2 351	2 370	1 881	705	940	1 411
85 320 und mehr	2 370	2 370	1 896	711	948	1 422

* Beträge gelten auch für Vollwaisen- und ganze Doppel-Kinderrenten.

BRUTTOERSATZQUOTEN

Wichtigste Ergebnisse

Die künftige Bruttoersatzquote gibt die Höhe der Rentenbezüge aus gesetzlichen öffentlichen und privaten Rentenversicherungen im Verhältnis zur Höhe des Verdiensts während der Erwerbstätigkeit wieder. Für Durchschnittsverdiener mit vollständiger Erwerbsbiografie beträgt die künftige Bruttoersatzquote im Durchschnitt der 35 OECD-Länder 53% für Männer und 52% für Frauen, wobei zwischen den Ländern allerdings große Unterschiede bestehen. Am unteren Ende der Skala liegt das Vereinigte Königreich, wo Personen, die heute im Alter von 20 Jahren zu arbeiten beginnen, künftige Bruttoersatzquoten von 22% des Durchschnittsverdiensts in Aussicht gestellt werden. Die Niederlande am oberen Ende der Skala bieten demgegenüber Ersatzquoten von knapp unter 97%.

Ziel der meisten OECD-Länder ist es, Geringverdiener (hier definiert als Arbeitskräfte, die die Hälfte des Durchschnittsverdiensts erhalten) vor Armut im Alter zu schützen, indem sie ihnen höhere Ersatzquoten gewähren als Durchschnittsverdienern. So können Geringverdiener Bruttoersatzquoten von durchschnittlich rd. 65% erwarten, im Vergleich zu 53% für Durchschnittsverdiener. Manche Länder, wie Irland, zahlen relativ geringe Renten für Durchschnittsverdiener, liegen bei den Geringverdienern aber näher am Durchschnitt. In zehn Ländern sind die projizierten Ersatzquoten bei vollständiger Erwerbsbiografie für Durchschnittsverdiener und Personen, die lediglich die Hälfte des Durchschnittsverdiensts erhalten, allerdings identisch, und zwar in Deutschland, Finnland, Italien, Lettland, Österreich, Polen, Schweden, Spanien, der Türkei und Ungarn.

OECD (2018), *Renten auf einen Blick 2017: OECD- und G20-Länder – Indikatoren*, OECD Publishing, Paris, S. 112


4.2 Bruttoersatzquoten nach Verdienstniveau

Individuelles Arbeitsentgelt, Vielfaches des Durchschnittsverdiensts für Männer (Frauen falls abweichend)

	Renteneintrittsalter	0,5	1	1,5		Renteneintrittsalter	0,5	1	1,5
OECD-Länder					OECD-Länder (Forts.)				
Australien	67	82.8 (80.0)	32.2 (29.4)	32.1 (29.3)	Neuseeland	65	80.0	40.0	26.7
Österreich	65	78.4	78.4	78.4	Norwegen	67	63.6	45.1	36.5
Belgien	65	47.7	46.7	36.4	Polen	65 (60)	31.6 (30.0)	31.6 (27.9)	31.6 (27.9)
Kanada	65	54.1	41.0	28.5	Portugal	68	75.5	74.0	72.6
Chile	65	39.1 (36.9)	33.5 (30.3)	33.6 (30.4)	Slowak. Rep.	68	72.3	64.3	62.2
Tschech. Rep.	65	74.1	45.8	36.4	Slowenien	60	44.0 (46.3)	38.1 (40.1)	36.3 (38.2)
Dänemark	74	123.4	86.4	79.5	Spanien	65	72.3	72.3	72.3
Estland	65	62.0	49.7	45.6	Schweden	65	55.8	55.8	64.5
Finnland	68	56.6	56.6	56.6	Schweiz	65 (64)	56.0 (55.4)	42.1 (41.8)	28.5 (28.2)
Frankreich	64	60.5	60.5	54.8	Türkei	61 (59)	69.9 (67.0)	69.9 (67.0)	69.9 (67.0)
Deutschland	65	38.2	38.2	38.2	Ver. Königreich	68	44.3	22.1	14.8
Griechenland	62	67.4	53.7	49.2	Ver. Staaten	67	48.3	38.3	31.7
Ungarn	65	58.7	58.7	58.7	OECD	65.8 (65.5)	64.6 (64.1)	52.9 (52.3)	48.4 (47.9)
Island	67	77.6	69.0	67.9	Argentinien	65 (60)	81.7 (74.0)	71.6 (64.3)	68.2 (61.1)
Irland	68	68.2	34.1	22.7	Brasilien	55 (50)	85.0	69.5 (52.9)	69.5 (52.9)
Israel	67 (64)	99.4 (89.7)	67.8 (60.0)	45.2 (40.0)	China	60 (55)	96.0 (82.6)	76.0 (65.1)	69.4 (59.2)
Italien	71	83.1	83.1	83.1	Indien	58	87.4 (83.1)	87.4 (83.1)	87.4 (83.1)
Japan	65	47.8	34.6	30.2	Indonesien	65	62.1 (57.8)	62.1 (57.8)	62.1 (57.8)
Korea	65	58.5	39.3	28.7	Russ. Föderation	60 (55)	46.1 (41.0)	33.7 (28.6)	29.1 (24.1)
Lettland	65	47.5	47.5	47.5	Saudi-Arabien	45	59.6	59.6	59.6
Luxemburg	60	89.5	76.7	72.5	Südafrika	60	32.1	16.0	10.7
Mexiko	65	34.7	26.4 (24.8)	25.1 (23.5)	EU28	65.9 (65.5)	69.6 (69.5)	58.3 (58.2)	54.5
Niederlande	71	98.1	96.9	96.5					

OECD (2018),
*Renten auf einen
 Blick 2017: OECD-
 und G20-Länder –
 Indikatoren*, OECD
 Publishing, Paris,
 S. 113

Quelle: OECD-Rentenmodelle.

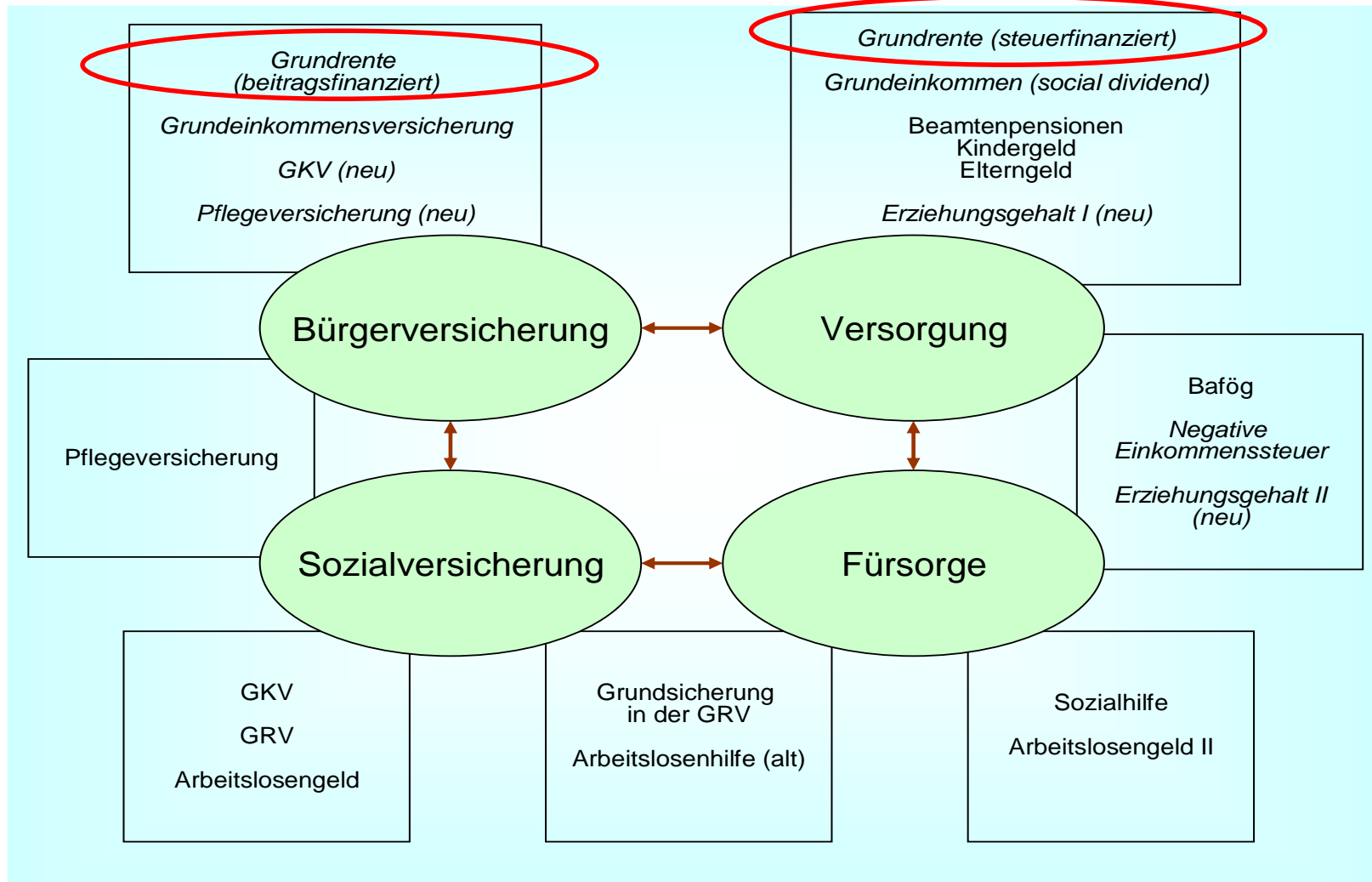
StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933633888>

Leistungsbereich	Leistung	Beitrag in Prozent (auf alle Einkommen)
Renten	972 - 1.944 €	10
Übergangszuschlag Renten		2
Arbeitslosengeld	810 - 1.620 €	1,5
Elterngeld	810 - 1.620 €	0,5
Kindergeld	je Kind 202 € (plus bis 202 € Zuschlag)	2
Krankengeld	810 - 1.620 €	0,2
Ausbildungsgeld	810 € (davon 50% Darlehen)	0,3
Grundsicherung (partielles Grundeinkommen, „Bafög für alle“)	810 € (davon 50% Darlehen)	1
Beitrag GEV insgesamt (auf Einkommen lt. ESt, ohne Bemessungsgrenze/„Sozialsteuer“)		17,5

Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, 2. Aufl., Reinbek: Rowohlt 2008, S. 258 -
Rechnerischer Grundbetrag im Jahr 2004: 640 € = ALG II, 2018: ca. 810 €

Abbildung: Modell Grundeinkommensversicherung (GEV) – Leistungen und Beiträge

Vier Typen sozialpolitischer Systeme in Deutschland



Quelle: Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, 2. Aufl., 2008, Reinbek: Rowohlt, S. 30

Abbildung: Sozialpolitische Systeme und Reformationen in Deutschland

Soziale Nachhaltigkeit und sozialpolitische Reformprogramme

»Wer von der Externalisierungsgesellschaft und ihrem Preis spricht, sollte auch von möglichen Wegen in eine Internalisierungsgesellschaft reden. Eben dies tut Michael Opielka – und eröffnet damit neue Horizonte in der Nachhaltigkeitsdebatte.«

Prof. Dr. Stephan Lessenich, Autor von »Neben uns die Sintflut«

»Dieses tief sinnige und verständliche Buch zeigt, dass Soziale Nachhaltigkeit die Welt im 21. Jahrhundert so prägen muss, wie der Wohlfahrtsstaat das 20. Jahrhundert. Eine Pflichtlektüre für Entscheidungsträger und engagierte Bürger!«

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ko-Präsident des Club of Rome

Das Drama unserer Gegenwart hat einen Namen: Externalisierung. Die meisten Menschen in den Industrienationen leben über ihre Verhältnisse. Umweltlasten und Sozialkosten werden »externalisiert«, verschoben – an die Armen im reichen Norden, an die Ärmsten im Süden sowieso. Der Wohlfahrtsstaat – angetreten soziale Konflikte durch sozialpolitische Maßnahmen zu mildern – entwickelte sich zum Helfer dieser Entwicklung: Klimavergehen werden mit Arbeitsplätzen und Rentenzahlungen gerechtfertigt.

Mit diesem Buch wird erstmals ein Konzept vorgelegt, um den Wohlfahrtsstaat vom Kopf auf die Füße zu stellen: Seine Binnenlogik wird auf Soziale Nachhaltigkeit umgestellt. Ziel ist eine neue Internalisierungsgesellschaft, die mit dem auskommt, was sie hat. Die Idee des Grundeinkommens spielt dabei eine wichtige Rolle.

Michael Opielka ist wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des ISÖ – Institut für Sozialökologie in Siegburg und Professor für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Er lehrt auch an der Universität Hamburg und war Gastprofessor für Soziale Nachhaltigkeit an der Universität Leipzig.



19,95 Euro [D]
20,60 Euro [A]
www.oekom.de



Michael Opielka

Soziale Nachhaltigkeit



Michael Opielka

Soziale Nachhaltigkeit

Auf dem Weg zur Internalisierungsgesellschaft



Vier Konzeptionen der Sozialen Nachhaltigkeit

	Typen des Wohlfahrtsregimes			
	<i>liberal</i>	<i>sozialdemokratisch</i>	<i>konservativ</i>	<i>garantistisch</i>
Steuerung/ Governance:				
- Markt	zentral	marginal	marginal	mittel
- Staat	marginal	zentral	subsidiär	subsidiär
- Familie/ Gemeinschaft	marginal	marginal	zentral	mittel
- Menschen/Grundrechte	mittel-hoch	mittel	marginal	zentral
Dominante Form sozialstaatlicher Solidarität	individua- listisch	lohnarbeitszentriert	kommunitaristisch- etatistisch	Bürgerstatus, universalistisch
Vollbeschäftigungs- garantie	schwach	stark	mittel	mittel
Dominante Form der sozialstaatlichen Steuerung	Markt	Staat	Moral	Ethik
Konzeptionen der Sozialen Nachhaltigkeit	skeptisch	eng	internal	weit
Empirische Beispiele in der Sozialpolitik	USA	Schweden	Deutschland, Italien	Schweiz („weicher Garantismus“)

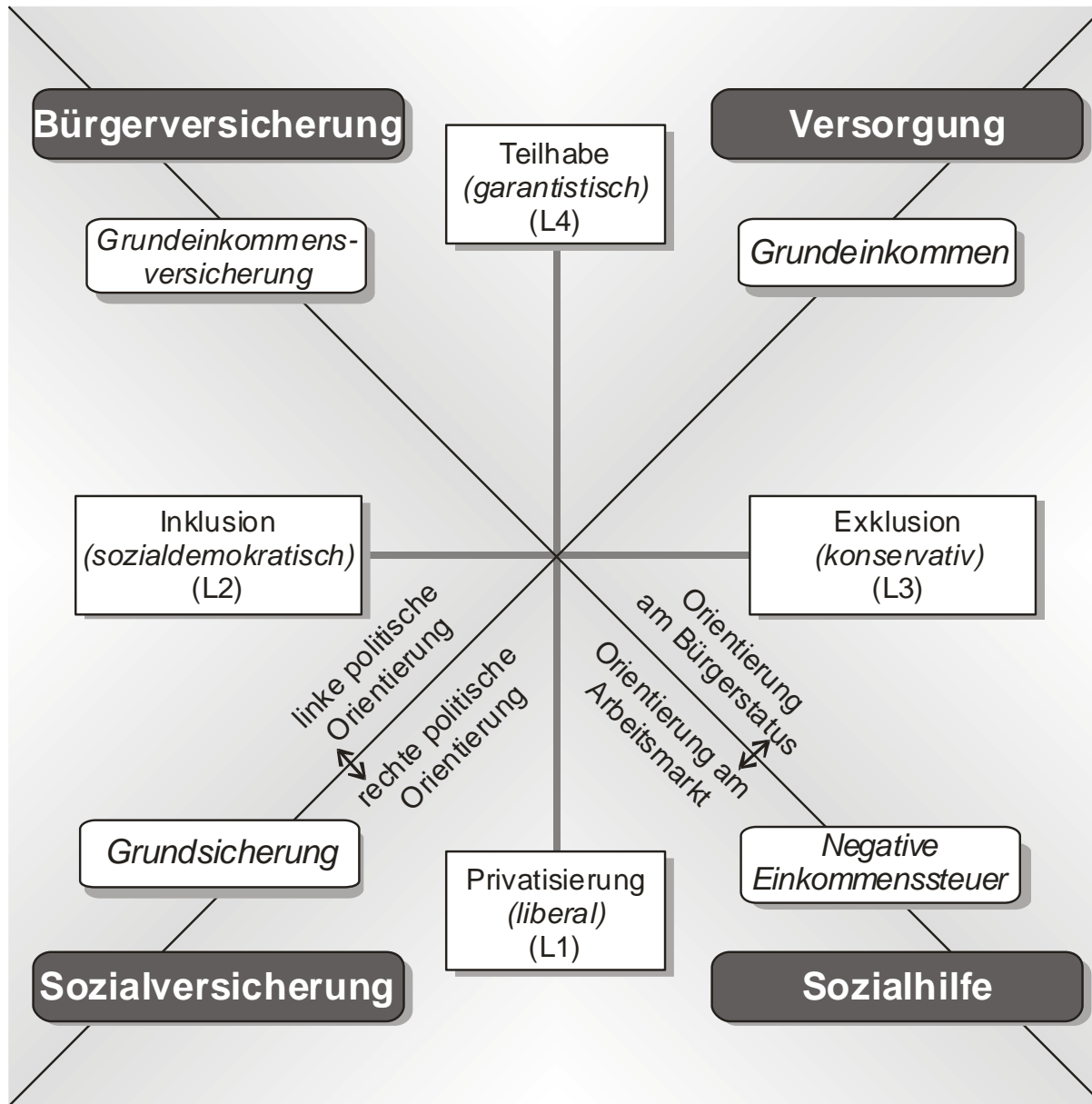


Abbildung:
Grundehinkommenssicherung
und Wohlfahrtsregime

Quelle: Michael Opielka, 2008, *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven*, Reinbek: Rowohlt, S. 284

Vier Typen sozialpolitischer Systeme in Deutschland

2. Das auf die Armenpolitik zurückgehende System der *Sozialhilfe* (bzw. *Fürsorge*) ist gekennzeichnet durch die Bedarfsorientierung am sozio-kulturellen Existenzminimum, die Steuerfinanzierung (in der Regel aus kommunalen Haushalten), die Nachrangigkeit gegenüber sonstigen Vermögen, Einkommen und Unterhaltsansprüchen und – allerdings nur in eng umgrenzten Fällen (z. B. bei Unterhaltsvorschussleistungen) – eine Rückzahlungsverpflichtung. Das Fürsorgeprinzip wird in der internationalen Diskussion oft als «Beveridge»-Typ bezeichnet, eine bedarfsorientierte staatsbürgerliche Grundversorgung, wie sie in Großbritannien nach 1945 dominierte.

Quelle: Opielka 2008, S. 25f.

Vier Typen sozialpolitischer Systeme in Deutschland

3. Das System der *Versorgung*, ebenfalls steuerfinanziert, traditionell in der Kriegsopfer- und Beamtenversorgung, inzwischen aber ausgedehnt beispielsweise auf Kinder- und Elterngeld, ist gekennzeichnet durch eine konsequente Ergebnisorientierung (Finalprinzip), teilweise mit Elementen des Bedarfsprinzips vermengt.
4. Schließlich ist vor allem aus den Niederlanden, der Schweiz und Österreich das System der *Volksversicherung* oder *Bürgerversicherung* bekannt und mit der Pflegeversicherung zumindest ansatzweise in Deutschland realisiert worden. Es ist gekennzeichnet durch eine universalistische, erwerbsarbeitsunabhängige Orientierung, die an die Einkommenssteuer angelehnte Beitragserhebung und die systematische Integration von Grundeinkommenselementen, vor allem in Form einer Grundrente bzw. von vorleistungsunabhängigen Pauschalzahlungen (z. B. Pflegegeld). Die Diskussion um eine «Bürgerversicherung» bestimmt seit 2003 die sozialpolitische Agenda in Deutschland.

Quelle: Opielka 2008, S. 25f.

Vier Typen sozialpolitischer Systeme in Deutschland

Sozialpolitisches System	Sozialhilfe (Fürsorge) & Privatversicherung	Sozialversicherung	Versorgung	Bürgerversicherung
Finanzierung	Steuern & Risikoprämien	(lohnbezogene) Beiträge & Steuern	Steuern	Beiträge auf alle Einkommensarten, Sozialsteuer
Dominantes Steuerungssystem	Markt	Staat	Moral (Gemeinschaft)	Ethik
Handlungsfokus	Leistung	politische Organisation	Status	Menschenrechte
Spezifische Leistungen	effiziente Ressourcenverwendung	Arbeitsmarktintegration, Chancengleichheit	Sicherung partikularer Identitäten	universalisierte Solidarität
Wohlfahrtsstaats-typus (*welfare regime*)	liberal	sozialdemokratisch	konservativ	garantistisch

Quelle: Opielka 2008, S. 27

Abbildung: Vier Typen sozialpolitischer Systeme

Wohlfahrts- regime	Sozialstaats- modell	Sozialpolitisches Gut	Bildungs- finanzierung	Grundsicherung
Liberalismus	Friedman	Marktzugang <i>(Fürsorge)</i>	Gebührenmodelle	Sozialhilfe / negative Einkommenssteuer
Sozial- demokratie	Beveridge	Bürgergleichheit <i>(Solidarität)</i>	Steuern	Recht auf Arbeit / Grundsicherung
Konservatismus	Bismarck	Statussicherung <i>(Versicherung)</i>	Bildungs- gutscheine	workfare / Familienunterhalt Sozialhilfe
Garantismus	Paine	Menschenrechte <i>(Gerechtigkeit)</i>	Bildungsfonds	Grundeinkommen

Abbildung 52: Regimetypen und exemplarische sozialpolitische Güter

Quelle: Michael Opielka, 2008, *Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven*, 2. Aufl., Reinbek: Rowohlt, S. 295

